

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X
	X					

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgelasten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
Euro	keine <input type="checkbox"/> Euro	Euro	Euro	

Haushalt		Verpflichtungs- ermächtigung		Finanzplan / Invest. Programm	
veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr mit Euro	davon Vermögens- haushalt im Jahr mit Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro
Haushaltsstellen	Haushaltsstellen				
	Prioritäten-Nr.:				

federführendes	Sachbearbeiter	Unterschrift FBL
Amt	Frau Brennecke/5402409	Herr Zimmermann

Verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Czogalla
---	--------------	---------------

Begründung

Dem Jahresabschluss der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) für das Geschäftsjahr 2002 erhielt von der PwC Deutsche Revision AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Magdeburg, einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr 2002 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 729.810,96 EUR (Vorjahr: - 596,6 Tsd. EUR) ab.

Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Gemäß Einschätzung des Geschäftsführers besteht ein Risiko für die künftige Entwicklung der FMG in der noch immer offenen Entscheidung des Landes Sachsen-Anhalt zur Investitionsförderung für den Ausbau des Flugplatzes Magdeburg. Durch die zeitliche Verzögerung dieser Entscheidung besteht die Gefahr einer abnehmenden Werthaltigkeit der investierten Anlagen und damit verbunden die Notwendigkeit der Vornahme von außerplanmäßigen Abschreibungen. Ein Nicht-Ausbau würde gemäß Aussage des Geschäftsführers einem Rückbau der Anlage aufgrund der gesetzlichen Betriebsvorschriften ab 01.01.2005 entsprechen. Für eine Weiterentwicklung der touristischen Luftverkehrsprodukte wäre die Flugplatzanlage nach Ansicht des Geschäftsführers nicht ausreichend dimensioniert. Weitere Risiken sieht der Geschäftsführer in dem jetzt erhöhten Haftungsrisiko für die Betreiber von Landeplätzen. Die Sicherheitsanforderungen der Europäischen Union werden zukünftig weiter ansteigen.

Die PwC Deutsche Revision AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, führt dazu aus, dass der Geschäftsführer die Risiken plausibel und folgerichtig abgeleitet hat. Die Lagebeurteilung des Unternehmens ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Analyse des Jahresabschlusses 2002 im Vergleich zum Vorjahr

1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (668 Tsd. EUR) geringfügig auf 641 Tsd. EUR. Dabei erhöhten sich die Erlöse aus Lande- und Abstellgebühren (+6 Tsd. EUR); die gesunkenen Erlöse aus Mieten und Mietnebenkosten (-33 Tsd. EUR) führten aber insgesamt zu einer Verringerung der Gesamtposition. Die Umsatzerlöse setzen sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

	2002	2001
- Erlöse aus Vermietung	469 Tsd. EUR	502 Tsd. EUR
- Erlöse aus Landegebühen	102 Tsd. EUR	100 Tsd. EUR
- Umsatzerlöse aus Unterstellung/Abstellung	35 Tsd. EUR	31 Tsd. EUR
- Prov.-erlöse aus dem Verkauf von Flugkraftstoffen	<u>35 Tsd. EUR</u>	<u>35 Tsd. EUR</u>
	641 Tsd. EUR	668 Tsd. EUR

Die Position Sonstige betriebliche Erträge (137 Tsd. EUR) verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 129 Tsd. EUR. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Position im Vorjahr hauptsächlich aufgrund der Erträge aus der außerplanmäßigen Auflösung von Erschließungskosten in Höhe von 103 Tsd. EUR erhöht hatte. Zu den wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Erträge gehören:

	2002	2001
- Zuschuss Luftaufsichtsamt	60 Tsd. EUR	60 Tsd. EUR
- Zuschuss Luftraum „F“	11 Tsd. EUR	31 Tsd. EUR
- Veranstaltungs- u. Anzeigenerlöse	22 Tsd. EUR	38 Tsd. EUR

- Erträge aus d. Auflösung Erschl.-kosten	10 Tsd. EUR	103 Tsd. EUR
- Weiterberechnungen	11 Tsd. EUR	2 Tsd. EUR

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (192 Tsd. EUR) um 20 Tsd. EUR auf 212 Tsd. EUR. Die Materialaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Leistungen fremder Dritter zur Unterhaltung des Flugplatzes und die Erbringung von Versorgungsleistungen.

Die Personalaufwendungen (600 Tsd. EUR) erhöhten sich geringfügig (+ 2 Tsd. EUR). Löhne und Gehälter fielen dabei in Höhe von 495 Tsd. EUR, soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 105 Tsd. EUR an. Die Vergütung der Beschäftigten erfolgte auf der Grundlage des BAT-Ost bzw. BMTG-Ost. Im Geschäftsjahr erfolgte zum 01.01.2002 die Angleichung auf 90 % des Westniveaus. Der Personalbestand belief sich im Geschäftsjahr auf 13 vollbeschäftigte Mitarbeiter und einen Geschäftsführer.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (437 Tsd. EUR) geringfügig auf 436 Tsd. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 34 Tsd. EUR auf 198 Tsd. EUR. Verminderungen gab es insbesondere in den Positionen Rechts- und Beratungskosten, Werbe- und Reisekosten und bei den Veranstaltungsaufwendungen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge umfassen im Geschäftsjahr 2002 in Höhe von 1 Tsd. EUR ausschließlich erzielte Kontokorrentzinsen (Vorjahr: 0,3 Tsd. EUR).

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 55 Tsd. EUR (Vorjahr: 63 Tsd. EUR) beinhalten hauptsächlich zu leistende Darlehenszinsen (53 Tsd. EUR). Des Weiteren sind in dieser Position Kontokorrentzinsen in Höhe von 2 Tsd. EUR enthalten.

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 8 Tsd. EUR beinhaltet unverändert die Aufwendungen für Grundsteuern in Höhe von 7 Tsd. EUR und für Kraftfahrzeugsteuern.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2002 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 730 Tsd. EUR (Vorjahr: -597 Tsd. EUR) ab.

2. Bilanz

Aktiva

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ wird in Höhe von 361 Tsd. EUR ausgewiesen und beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für das Planfeststellungsverfahren als nicht abschreibungsfähiges immaterielles Wirtschaftsgut (353 Tsd. EUR). Im Geschäftsjahr erfolgte ein Zugang in Höhe von 5 Tsd. EUR für die Kosten der „FP“ Info Software für die Luftaufsicht.

Die Bilanzposition „Sachanlagen“ entwickelte sich wie folgt:

Stand 01.01.2002	10.035.591,73 EUR
Zugänge	64.824,69 EUR
Differenzen Euroumrechnung	20,58 EUR
Abschreibungen	<u>433.151,32 EUR</u>
Stand 31.12.2002	9.667.285,68 EUR

Zu den wesentlichen Anlagenzugängen im Geschäftsjahr 2002 zählen: eine Raumabtrennung im Terminal (17 Tsd. EUR), eine Trennwand im alten Hangar (6 Tsd. EUR), die Beladung der Feuerwehr (12 Tsd. EUR), die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (6 Tsd. EUR) sowie Kosten für die Untersuchung zur Kostenreduzierung der Start- und Landebahn (13 Tsd. EUR).

Das im Vorjahr im Bereich des Umlaufvermögens unter der Bilanzposition „Vorräte“ ausgewiesene Gebäude (152 Tsd. EUR) der in Insolvenz gegangenen Firma Schugk Bürosysteme GmbH wurde im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages mit der UZD Ulrich Ziegler GmbH mit einem Buchgewinn von 9 Tsd. EUR veräußert.

Die Bilanzposition „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (52 Tsd. EUR) um 32 Tsd. EUR auf 28 Tsd. EUR. Einzelwertberichtigungen für voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen erfolgten im Berichtsjahr in Höhe von 51 Tsd. EUR. Dabei wurde die Insolvenz der Firma Citroen Autohaus GmbH (23 Tsd. EUR), der Autohaus B & Z GmbH (16 Tsd. EUR) sowie die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über den Abschleppdienst Schulz (12 Tsd. EUR) berücksichtigt. Eine Pauschalwertberichtigung wurde auf den restlichen Forderungsbestand in Höhe von 2 % (0,3 Tsd. EUR) gebildet.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ erhöhte sich im Geschäftsjahr um 281 Tsd. EUR auf 293 Tsd. EUR. Diese Erhöhung resultiert zum einen aus der Einstellung der Forderung für die Rückerstattung Grunderwerbsteuer (118 Tsd. EUR) aufgrund eines abschließenden Bescheides des Finanzamtes vom 04.02.2003. Zum anderen resultiert die Erhöhung im Berichtsjahr aus der getroffenen Abgeltungsvereinbarung mit der UZD Ulrich Ziegler GmbH (140 Tsd. EUR), die Zahlungstermine in 2003 und 2004 vorsieht.

Die Bilanzposition „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ erhöhte sich zum 31.12.2002 im Vergleich zum Vorjahrestichtag (18 Tsd. EUR) auf 98 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ (5 Tsd. EUR) beinhaltet Aufwendungen des Folgejahres sowie eine abgegrenzte Leasingsonderzahlung.

Die Bilanzsumme verminderte sich im Geschäftsjahr 2002 gegenüber dem Geschäftsjahr 2001 um 180 Tsd. EUR auf 10.453 Tsd. EUR.

Passiva

Das „Eigenkapital“ der Gesellschaft verminderte sich insgesamt von 7.064 Tsd. EUR auf 7.009 Tsd. EUR und setzt sich aus den vier Positionen: Gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage, Verlustvortrag und Jahresfehlbetrag zusammen.

Das Gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt unverändert 7.823 Tsd. EUR.

Die Kapitalrücklage wird ebenfalls in unveränderter Höhe mit 612 Tsd. EUR ausgewiesen.

Der Verlustvortrag (696 Tsd. EUR) erhöhte sich im Berichtsjahr um 78 Tsd. EUR. Hier erfolgte einerseits die Zuführung des Jahresfehlbetrages 2001 in Höhe von 597 Tsd. EUR und andererseits die Verrechnung von städtischen Zuwendungen mit dem Jahresfehlbetrag 2000 in Höhe von 675 Tsd. EUR. Zum 31.12.2002 setzt sich die Position wie folgt zusammen:

Jahresfehlbetrag 2001	596,6 Tsd. EUR
Nicht verrechneter Verlustvortrag	98,8 Tsd. EUR
Nach Verrechnung der erhaltenen Zuschüsse 2001 in Höhe von 687,0 Tsd. EUR mit dem Verlustvortrag verbleibt dann noch ein Verlustvortrag in Höhe von 8,4 Tsd. EUR, der ins Folgejahr übertragen wird.	

Im Berichtsjahr wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 730 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt Magdeburg“ entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand am 01. Januar 2002	1.362.183,82 EUR
abzüglich	
verrechneter Betriebskostenzuschuss 2000	675.212,05 EUR
zuzüglich	

Betriebskostenzuschuss 2002	719.600,00 EUR
Passivierung Rückerstattung Grunderwerbsteuer	<u>118.116,60 EUR</u>
Stand am 31.12.2002	1.524.688,37 EUR

Die weitere Entwicklung dieser Position ist unter Punkt 3 dieser Drucksache dargestellt.

Die „Sonstigen Rückstellungen“ verminderten sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr (69 Tsd. EUR) um 13 Tsd. EUR auf 56 Tsd. EUR. Die Rückstellungen betreffen Prüfungs- und Beratungsaufwendungen in Höhe von 25 Tsd. EUR, ausstehende Rechnungen in Höhe von 25 Tsd. EUR, Urlaubsverpflichtungen in Höhe von 4 Tsd. EUR sowie Berufsgenossenschaftsbeiträge in Höhe von 2 Tsd. EUR.

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (1.464 Tsd. EUR) um 203 Tsd. EUR auf 1.261 Tsd. EUR und beinhaltet langfristige Verbindlichkeiten aus Darlehensverträgen. Zum 31.12.2002 weist die Gesellschaft ein Darlehen bei der DG-Hypothekenbank AG in Höhe von 209 Tsd. EUR, ein Darlehen der Stadtsparkasse Magdeburg in Höhe von 1.024 Tsd. EUR sowie ein Darlehen bei der Deutsche Kreditbank AG in Höhe von 28 Tsd. EUR aus.

Die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 90 Tsd. EUR (Vorjahr: 128 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Position beinhaltet diverse Einzelpositionen.

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr von 203 Tsd. EUR auf 119 Tsd. EUR. Im Wesentlichen (102 Tsd. EUR) beinhaltet diese Position die Kaufpreisstundung lt. Abgeltungsvertrag für das von der Firma Schugk Bürosysteme GmbH errichtete Gebäude. Mit dem Insolvenzverwalter wurde eine Ratenvereinbarung getroffen.

Der „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von 393 Tsd. EUR (Vorjahr: 342 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen vereinnahmte Erschließungskosten (391 Tsd. EUR), die über die Laufzeit der Erbpachtverträge aufgelöst werden sowie vorausbezahlte Miete.

3. Erläuterungen zur Bilanzposition „Noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt Magdeburg“

Die Position „Noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt Magdeburg“ (1.525 Tsd. EUR) beinhaltet zum 31.12.2002 folgende Einzelpositionen:

1) Noch nicht verrechneter Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2001	686.971,77 EUR
2) Betriebskostenzuschuss 2002	719.600,00 EUR
3) Rückerstattung Grunderwerbsteuer	<u>118.116,60 EUR</u>
Summe	1.524.688,37 EUR

Die weitere Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

zu 1)

Der Jahresfehlbetrag 2001 (596.592,33 EUR) ist gemäß Beschluss des Stadtrates vom 08.05.2003 mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen 2001 zu verrechnen. Der nicht verrechnete Betriebskostenzuschuss 2001 in Höhe von 90.379,44 EUR ist mit dem aufgelaufenen Verlustvortrag der Gesellschaft zu verrechnen und vermindert diesen entsprechend.

Da diese Beschlussfassung erst im Jahr 2003 erfolgte, wird im Jahr 2002 der Jahresfehlbetrag 2001 im Verlustvortrag ausgewiesen. Die Verrechnung der erhaltenen Betriebskostenzuschüsse für 2001 (686.971,77 EUR) wird demgemäß im Jahr 2003 mit dem Verlustvortrag der Gesellschaft (695.443,65 EUR) erfolgen. Der dann verbleibende Verlustvortrag der Gesellschaft in Höhe von 8.471,88 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 2)

Jahresfehlbetrag 2002	729.810,96 EUR
erhaltene Betriebskostenzuschüsse 2002	<u>719.600,00 EUR</u>

nicht verrechneter Jahresfehlbetrag 2002

10.210,96 EUR

Im Berichtsjahr konnten die Betriebskostenzuschüsse den Jahresfehlbetrag nicht vollständig abdecken. Da ein Ausgleich des nicht verrechneten Jahresfehlbetrages 2002 nicht vorgesehen ist, wird sich der Verlustvortrag nach entsprechender Beschlussfassung des Stadtrates um den Differenzbetrag in Höhe von 10.210,96 EUR erhöhen.

zu 3)

Die Rückerstattung der Grunderwerbsteuer erfolgte im Geschäftsjahr 2003 auf der Grundlage eines abschließenden Bescheides des Finanzamtes vom 04.02.2003. Im Jahr 2002 wurde aufgrund des schon vorliegenden Bescheides eine Forderung gegenüber dem Finanzamt eingebucht. Die Gegenbuchung erfolgte in der Bilanzposition „Noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt“, da die Stadt im Jahr 1994 der FMG die im Rahmen der Kapitalerhöhung bei der FMG anfallende Grunderwerbsteuer durch Zuschussgewährung zur Verfügung gestellt hat. Damit besteht grundsätzlich ein Rückzahlungsanspruch der Landeshauptstadt Magdeburg. Im Jahr 2003 wurde dieser Betrag liquiditätsmäßig zur Tilgung eines fälligen Darlehens bei der DG-Hypothekenbank verwendet. Diese Verfahrensweise war mit der Verwaltung abgestimmt und erfolgte vor dem Hintergrund, dass die für dieses Darlehen von der Stadt übernommene Bürgschaft nicht prolongiert werden konnte.

Bilanziell ist über die Verwendung dieses Rückerstattungsbetrages noch zu beschließen. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen eines nachträglichen Umlaufbeschlusses die Einstellung in die Kapitalrücklage empfohlen, da das Geld der FMG erst in 2003 zugeflossen ist. Generell könnte dieser Betrag damit zukünftig zur Verrechnung von Jahresfehlbeträgen genutzt werden (analog der in 2003 vom Stadtrat beschlossenen Darlehenstilgung in Höhe von 850 Tsd. EUR) Eine diesbezügliche Empfehlung sollte dann entsprechend durch den Aufsichtsrat erfolgen.

4. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2002 wurde in der Aufsichtsratssitzung am 02.10.2003 zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Umlaufbeschluss wurde im Januar 2004 gefasst.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2002 festzustellen, den Jahresfehlbetrag 2002 in Höhe von 729.810,96 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg gewährten Betriebskostenzuschüssen 2002 in Höhe von 719.600,00 EUR zu verrechnen, den verbleibenden nicht verrechneten Jahresfehlbetrag 2002 in Höhe von 10.210,96 EUR in den Verlustvortrag in Höhe von 8.471,88 EUR einzubeziehen und den Gesamtbetrag von 18.682,84 EUR auf neue Rechnung vorzutragen. Der durch das Finanzamt in 2003 erstattete Betrag aus Grunderwerbsteuer in Höhe von 118.116,60 EUR soll in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt werden. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat sollte für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung erteilt werden.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2003 wird die PwC Deutsche Revision AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, vorgeschlagen.

Die Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Aufsichtsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2002 einschließlich des Bestätigungsvermerks, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren ist der Beschluss des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2002 der FMG vom 02.10.2003 sowie der Umlaufbeschluss des Aufsichtsrates vom Januar 2004 beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Fachbereiches Finanzservice eingesehen werden.

Anlagen

1. Bestätigungsvermerk
2. Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung
3. Lagebericht
4. Feststellungen zu § 53 HGrG
5. AR-Beschluss vom 02.10.2003

6. Umlaufbeschluss AR 01/2004